

pörte, über Entwürdigung und Diskriminierung, dann wäre viel gewonnen. Dann würde jede politische Partei diesem Missstand Rechnung tragen. Dann würden auch die Arbeitgeber von sich aus manche Praxis einstellen. Wie zum Beispiel die, dass Leiharbeiter neongrüne T-Shirts tragen müssen, um sie von der Stammebelegschaft

zu unterscheiden, wie es in einer Druckerei in Norddeutschland üblich ist.

Wir dürfen das Feld nicht denen überlassen, die nur für sich das Maximale herausholen wollen. Die sich nicht um die Gesellschaft scheren. Wir müssen laut und deutlich über Sozialabbau reden, damit er nicht betrieben wird. ■

*Gespräch mit Wolfgang Schroeder*

## »Alle Parteien wollen gute Sozialdemokraten sein«

### Die Sozialpolitik benötigt dringend eine Neujustierung

*Mit Blick auf die Bundestagswahl stellt Wolfgang Schroeder, Staatssekretär im Brandenburger Arbeitsministerium, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen der SPD, den Grünen und der CDU dar. Gerade im Bereich der Sozialpolitik und bei dem Versuch, gesellschaftliche Spaltungen zu überwinden, zeigen sich die Stärken der sozialdemokratischen Programmatik. Die Fragen stellte Thomas Meyer.*

**NG/FH:** Was steht bei der Bundestagswahl 2013, unabhängig von der Parteienrhetorik und den Verwirrungen, die die Medien hervorrufen, sozialpolitisch eigentlich auf dem Spiel?

**Wolfgang Schroeder:** Die soziale Ungleichheit in Deutschland ist in den vergangenen 20 Jahren deutlich größer geworden. Im Kern muss diese Bundestagswahl zum Startpunkt werden, um wieder mehr Gerechtigkeit und mehr Aufstiegschancen zu etablieren. Das heißt, den Anspruch der sozialen Marktwirtschaft, alle zu beteiligen, wieder mit Leben zu füllen.

**NG/FH:** »Spaltungen überwinden« ist ja bei der SPD ein zentrales Thema. Auf welchen Politikfeldern könnte eine sozialdemokratisch geführte Regierung – im Unterschied zu anderen Parteien und Parteikonstellationen – in diesem Zusammenhang ansetzen?

**Schroeder:** Mit einer sozialdemokratischen Regierung könnte ein neues Zeital-

ter der vorsorgenden Gesellschaftspolitik eingeläutet werden. Dafür braucht man eine durchgreifende Strategie, um Chancengleichheit von Anfang an zu praktizieren. Also muss man eine qualitative Vorsorgeinfrastruktur aufbauen, um so früh wie möglich zu fördern. Da der Zentralstaat dies nur indirekt verantwortet, sind die Kommunen der Kampfplatz, auf dem sich entscheidet, ob wir in dieser Frage weiterkommen. Diese sind daher entsprechend finanziell besser auszustatten. Dafür bedarf es zentralstaatlicher Rahmenbedingungen, um eine andere und bessere Infrastruktur schaffen sowie gut ausgebildetes und bezahltes Personal einstellen zu können. Nur so kann es gelingen, dass die 15 % Kinder in Hartz IV-Haushalten wirklich die Chancen erhalten, durch Bildung aufzusteigen. Der Armut muss der Nachwuchs ausgehen.

Außerdem hat die soziale Durchlässigkeit der Arbeitsmärkte und der Gesellschaft insgesamt in den letzten 30 Jahren erheblichen Schaden genommen. Eine sozialdemokratische Offensivstrategie kann

die Themen des sozialen Aufstiegs durch Bildung und Erwerbsarbeit sowie die soziale Durchlässigkeit als Alleinstellungsmerkmal besetzen.

**NG/FH:** Die Grünen beanspruchen nun für sich, dass sie ein eigenständiges, profiliertes und allgemeines, auch von Gewerkschaften unabhängiges sozialpolitisches Programm hätten, und dass sie der Korrektur durch die SPD gar nicht mehr bedürfen. Inwieweit trifft diese Selbsteinschätzung zu?

**Schroeder:** Auch wenn Rot-Grün das Ziel ist, im Wahlkampf und auf dem Wählermarkt sind Sozialdemokratie und Grüne Konkurrenten. Dabei ist zu sehen, dass die Zeiten, als die Grünen eine Einpunktpartei waren, vorbei sind. Sie decken alle Themen ab. Interessant sind dabei die Verschiebungen: In der Debatte über soziale Gerechtigkeit haben sie sich nicht nur von eigenen Positionen der frühen Jahre verabschiedet, wie zum Beispiel dem bedingungslosen Grundeinkommen, sie haben sich sozialdemokratisiert. Statt eigener Ideen und Konzepte suchen sie die Sozialdemokratie quantitativ zu überbieten: also mehr Arbeitslosengeld II, mehr Steuern, mehr Rente als die Sozialdemokratie anstrebt. Auf dem Feld der sozialpolitischen Innovation ist allerdings eine gewisse Leere.

**NG/FH:** Die Mitglieder und die Wähler der Grünen sind ja eher Leute aus Neubürgerlichen Schichten, von denen man weniger erwartet, dass sie ein starkes Interesse an Sozialpolitik haben. Da stellt sich die Frage, ob es in der Mitglied- und Wählerschaft überhaupt eine Fundierung für eine solche Politik gibt, oder ob das ein kurzfristiges Phänomen ist.

**Schroeder:** SPD und Grüne haben eine differente Mitgliederstruktur und eine noch unterschiedlichere Wählerstruktur. Vor allem sind die Grünen in bestimmten sozialen Fragen flexibler als die SPD. In

der Zeit von Rot-Grün waren die Grünen der wirtschaftsliberale Part. Der Wandel lässt sich exemplarisch an Katrin Göring-Eckardt nachvollziehen, die in den letzten Monaten als Vorreiterin der grünen Sozialdemokratisierung gewirkt hat. Zugleich wissen wir aus den Umfragen, dass Sozialdemokraten und Grüne dem Wert der Solidarität mittlerweile eine fast gleich hohe Bedeutung zusprechen, wenngleich andere Bedeutungen damit verbunden werden.

Setzt man bei den Ursprüngen an, erkennt man jedoch auch die Unterschiede. Die Grünen definieren sich in der Sozialpolitik über ein von der Wertschöpfung in der Arbeitsgesellschaft unabhängiges Verteilungsverständnis. Die Sozialdemokraten hingegen definieren sich vor allem über die Arbeitsgesellschaft, die Teilhabe in der Gesellschaft über Arbeit und betonen deshalb bei ihrer Sozialpolitik die positive Rolle von Sozialversicherungen, Gewerkschaften und Betriebsräten. Wer eher eine advokatorische Attitüde pflegt, wie die Grünen, und keine partizipative, der wird die enormen Reformbedarfe in der Arbeitswelt nur schwerlich erkennen und erschließen können.

**NG/FH:** Die Grünen haben also vieles von dem, was eigentlich SPD-Programm war, übernommen, sodass in wichtigen Bereichen der Politik Übereinstimmungen bestehen. Kann man davon ausgehen, dass sie diese Politik, trotz der unterschiedlichen Wähler- und Mitgliedschaft, auch umsetzen können?

**Schroeder:** Ja, sie können diese Politik auch situativ umsetzen. Der grundlegende Unterschied besteht aber darin, dass die Sozialdemokraten in den einschlägigen Institutionen des deutschen Sozialstaates und der Erwerbsgesellschaft fest verankert sind. Die Grünen hingegen betreiben eher eine advokatorische Politik. Sie sind selbst kaum in den Gewerkschaften, Betriebsräten und Sozialversicherungen usw. veran-

kert, die die soziale Sicherung direkt beeinflussen. Sie sind häufig eher in einer sozialphilosophisch bewertenden Position. Und wenn sie über das Ziel hinausschießen, weil ihnen die volksparteiliche Bodenhaftung fehlt, dann haben sie mittlerweile eine auf Umfragen basierende Korrektivkultur entwickelt, die sehr professionell ist. Kurzum: Sie können diese sozialpolitischen Kehrtwenden angesichts der hohen Solidaritätsbereitschaft in der Mitglied- und Wählerschaft gegenwärtig mit ihrer Klientel in Übereinstimmung bringen.

**NG/FH:** Den Medien zufolge ist die CDU die zweite Partei, die sich derweil in beschleunigter Form sozialdemokratisiert. Etwa wenn es um Mieterschutz, Mietstopp, Mindestlohn, Kinderförderung und dergleichen geht. Sind das nun lediglich Feuerwerke, die kurz vor der Wahl entzündet werden, oder merkt Angela Merkel, dass hier etwas korrigiert werden muss?

**Schroeder:** Das ist eine passive Anpassung an veränderte Umfrageergebnisse und Erwartungshaltungen in der Gesellschaft. Im Gegensatz zu früheren Perioden christdemokratischer Sozialpolitik, in denen es auch eigenständige Beiträge aus der katholischen Soziallehre gegeben hat, ist das nun eine rein passiv-reaktive Machterhaltungspolitik. Sie kann aber dennoch ihre Spuren hinterlassen, weil es auch bei der Union um Anpassungen im System geht, die von der Mehrheit gewollt sind. Entscheidend ist, ob die Wähler diese Anpassungen auch glauben.

**NG/FH:** Und doch bleiben in diesen Bereichen auch echte sachpolitische Differenzen. Welche sind die wichtigsten?

**Schroeder:** Der deutlichste Unterschied ist darin zu sehen, wie sie mit dem Thema Chancengleichheit sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf umgehen. Statt für gut qualifiziertes Personal zu sorgen, dieses zu motivieren und eine Infrastruktur zu

schaffen, um Kinder zu fördern, werden finanzielle Wahlkampfgeschenke gemacht. Dann natürlich der Mindestlohn: Wie bei vielen sozialen Themen, so ist die CDU seit Jahren bei diesem Thema in der babylonischen Gefangenschaft von Teilen des Mittelstandes. Statt eine bundesweite zivilisatorische Untergrenze durch einen allgemeinen Mindestlohn aufzubauen, um Lohn-dumping einzugrenzen, geben sie einem Teil des Mittelstandes, der nur eigene, kurzfristige Vorteile sieht, nach. Dabei übersehen sie vollkommen, dass viele Unternehmen längst aus Gründen der Wettbewerbs-fairness für einen Mindestlohn eintreten.

**NG/FH:** Man hat den Eindruck, dass der deutlichste Unterschied nach wie vor bei der Gesundheitspolitik besteht. Hier liegen die Konzepte sehr weit auseinander – mit großen Folgen für das Thema Spaltung der Gesellschaft.

**Schroeder:** Die Private Krankenversicherung (PKV) erhält bis auf den heutigen Tag eine Art Bestandsgarantie durch die CDU. Nur 10 % der Versicherten sind in der PKV, 90 % hingegen sind in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Die CDU macht hier also eine Politik für ein Zehntel, ohne dass sie erklären kann, worin der Nutzen für die Gesundheitsversorgung der Gesellschaft besteht. Das ist der Grund, weshalb die Sozialdemokratie die Bürgerversicherung, also eine Versicherung für alle, propagiert hat. Man will eine gerechtere und ergiebigere Finanzierung, um den medizinisch-technischen Fortschritt für alle finanzieren zu können. Es geht darum, eine Zwei-Klassen-Medizin, die wir ja jetzt schon in Ansätzen haben, zumindest zu relativieren und einen Kurswechsel herbeizuführen. Weil die Ärzte aber eine starke verbandliche *Pressure*-Politik verfolgen, muss man natürlich immer auch versuchen, die Gruppen, die die neue Konstellation mittragen müssen, hierfür zu gewinnen. Da gibt es Nachholbedarf.

**NG/FH:** Wie kommt es, dass Grüne und Union auf eigene Konzepte im Wettkampf um die besten sozialen Ideen verzichten?

**Schroeder:** Beide Parteien scheinen in diesen Fragen leer zu sein. Sie können nur bei der Bevölkerung, die ja auch sozialdemokratisch denkt, ankommen, indem sie sich sozialdemokratisieren. Insofern haben wir nicht das Ende des sozialdemokratischen Zeitalters, vielmehr wollen alle Parteien gute Sozialdemokraten sein. Das macht es für die echte Sozialdemokratie nicht gerade einfach, sich in diesem Wettbewerb, der sich ja immer auf sehr komplexe Felder bezieht, hinreichend deutlich als die echte und verlässliche und fortschrittliche Kraft zu präsentieren.

**NG/FH:** Bei der Thematisierung der Europapolitik gibt es im Wahlkampf ein hohes Maß an Zurückhaltung. Liegt es daran, dass

die gewerkschaftlich gestützten und orientierten Wählerinnen und Wähler an ein solches Thema prinzipiell nicht heranzuführen sind und die SPD deshalb die Finger davon lässt?

**Schroeder:** Traditionell spielen Europa-themen in Deutschland durch den übergreifenden Basiskonsens in diesem Feld im Wahlkampf keine Rolle. Alle Versuche, das zu ändern, sind bisher gescheitert. Das muss aber nicht so bleiben. Ich habe mit viel Sympathie wahrgenommen, dass Sigmar Gabriel im letzten Sommer versucht hat, dieses Thema auf die Agenda zu setzen, und Julian Nida-Rümelin, Jürgen Habermas und Peter Bofinger das Papier *Für einen Kurswechsel in der Europa-Politik* verfasst haben. Ich hatte ein wenig die Hoffnung, dass sich daraus eine Debatte entwickeln könnte, bei der die SPD eine neue politische Strategieführerschaft in Europa für die Bundesrepublik reklamiert, die der neuen Rolle unseres Landes entspricht. Vor allem müsste eine Alternative zu der verhängnisvollen Austeritätspolitik entwickelt werden. Wünschenswert wäre eine Politik, die einerseits das Sparziel nicht einfach ignoriert, aber zugleich eine Wachstums- und Solidaritätsstrategie entwickelt und dafür in Europa Allianzen schmiedet. Das ist, wie wir alle wissen, nicht zustande gekommen. Gleichwohl wäre es ein historischer Fehler, dieses Thema nicht auf die Agenda des Wahlkampfes zu setzen.

**NG/FH:** Haben denn die Gewerkschaften genug dafür getan, das Thema im Wahlkampf aufzugreifen?

**Schroeder:** Die Gewerkschaften diskutieren dieses Thema viel stärker als die meisten anderen gesellschaftlichen Gruppen. Mit ihrem Marshallplan für Europa haben sie sogar ein eigenes Konzept entwickelt, um die Kaufkraft in den Krisenländern zu fördern, ohne die deutsche Arbeiterschaft

zum europäischen Zahlmeister zu machen. Insofern würde ich in den Gewerkschaften Mitspieler für eine offensivere politische Führungsrolle in Europa sehen. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung muss die Ängste der deutschen Bevölkerung ernst nehmen. Also auch wenn die europäischen Fragen mit vielen Schwierigkeiten, vor allem mit populistischen Fallen verbunden sind, sollten sie offensiver auf die Agenda gesetzt werden. Noch ein Satz zur Notwendigkeit einer gerechteren Steuerpolitik: Um diese in der Bevölkerung zu verankern, muss man auch die

Wachstumslinien inhaltlich deutlich beschreiben können. Und das ist vielleicht auch einer der Gründe, weshalb die Sozialdemokratie gerade bei ihrer inländischen Steuerpolitik noch Erklärungsbedarf hat. Um eine offensive soziale Politik zu befördern, sollte vor allem deutlicher werden, was man mit mehr Steuern zu tun gedenkt und wie diese wirkungsvoll investiert werden können, nämlich in eine erneuerte Vorsorgeinfrastruktur. Dazu gehören auch mehr und bessere Lehrer, mehr und bessere Kitas, mehr und bessere Pflegeheime usw. ■

*Stephany Griffith-Jones / Matthias Kollatz-Ahnen*

## Wachstum statt nur Sparen für Europa

**Die EU hat ein Jahr verloren und droht ein weiteres zu verlieren**

*Im Juni 2012 publizierten die Autoren in mehreren internationalen Zeitungen das Konzept eines breit angelegten Investitionsprogramms für Europa, um Wachstum zu stimulieren. Die häufig zu lesende Behauptung, dass Wachstumsprogramme nur mehr Schulden bedeuten, ist irreführend und falsch, wenn der Fokus auf wirtschaftlichen Vorhaben liegt. Es war ermutigend, dass die europäischen Staats- und Regierungschefs wenig später ein Wachstumsprogramm mit einigen der vorge schlagenen Maßnahmen beschlossen. Ein Jahr später ist es Zeit für eine erste Bilanz.*

**A**uf die eher halbherzige Entscheidung auf dem EU-Gipfel im Juni 2012 in Brüssel folgte eine halbherzige Umsetzung. Es ist sichtbar, dass viele Partner – gerade die deutsche Regierung – sehr zurückhaltend bei der Umsetzung der Beschlüsse sind. Als wesentliches Problem hat sich die sub-optimale Nutzung des EU-Budgets herauskristallisiert. Es wurde zu wenig in Anti-Krisen-Programme umgeschichtet und die Jahresbudgets 2012 und 2013 lagen jeweils unterhalb der Zusagen der mittelfristigen Finanzperspektive und waren damit unterfinanziert. Das alles in Zeiten, in denen der Investitionsbedarf höher ist als jemals zuvor und die Investitionen real sinken und die Arbeitslosigkeit deutlich ansteigt.



**Stephany Griffith-Jones**

ist Financial Markets Director der Initiative für Policy Dialogue an der Columbia Universität.

s.griffith-jones@ids.ac.uk



**Matthias Kollatz-Ahnen**

(\* 1957) ist Senior Expert bei PricewaterhouseCoopers und war vorher Vorstandsmitglied der Europäischen Investitionsbank.

matthias.kollatz@t-online.de